

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

[Prinz Max von Baden über die Vorgeschichte des
Waffenstillstandsangebots]

[urn:nbn:de:bsz:31-252424](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-252424)

5. Auf rechtem Rheinufer auf 30 bis 40 Kilometer Tiefe neutrale Zone.* Räumung in elf Tagen.
6. Aus linkem Rheinufergebiet darf nichts hinweggeführt werden, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. sind intakt zu lassen.
7. 5000 Lokomotiven und 150 000 Waggons, 6000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen. Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Bestandes der belgischen Bank und des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, acht leichten Kreuzern, sechs Dreadnoughts, die übrigen Schiffe werden interniert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherheit der freien Durchfahrt durch den Kattegat zwecks Räumung der Minenfelder und Besetzung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt verhindert werden könnte.
16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gefapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Prinz Max von Baden über die Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots.

In einem Sonderdruck der Preussischen Jahrbücher wird eine Rede des Prinzen Max von Baden veröffentlicht, die dieser in der Badischen Ersten Kammer halten wollte, woran er aber durch die Ereignisse verhindert wurde, und in der es u. a. heißt:

„Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Schritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Ereignis deuten zu lassen, das die deutsche Schwäche zu begleiten.“

Weder das eigene Volk noch die Feinde schätzten unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartig verzweifelter Schritt notwendig gewesen wäre. Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das bei aller Welt unsere Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diese Grundsätze auch unter nationalen Opfern zu bringen. Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr abgewartet werden. Die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot.

* auf 10 km ermäßigt.

Wenn ich es nicht abgeben würde, so müßte es die alte Regierung herausbringen.

Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten."

Über die Wirkungen des Waffenstillstandsangebots schreibt Prinz Max:

"Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots rechtfertigte meine schlimmsten Befürchtungen. Eine Welle des Übermutes legte durch Frankreich und England. Viele vermeintliche Anhänger des Verständigungsfriedens schwankten dort zu einer Politik des Gewaltfriedens und forderten die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, das die Schreden der Invasion am eigenen Leibe kennen lernen müsse. Die sonst Wortführer des europäischen Gewissens gewesen waren, schwiegen verlegen. In Amerika verschob sich das Kräfteverhältnis in der öffentlichen Meinung zugunsten der Republikaner, die die Wilsonsche Friedenspolitik bekämpften. Überall wurde unser Waffenstillstandsangebot als ein Zeichen des bevorstehenden Zusammenbruchs betrachtet und wirkte als eine große Verjuchung, den Krieg fortzusetzen. So erklärt sich die hinschleppende Taktik der Ententeregierungen nach den außerordentlichen Garantien, die dem Abschluß des Waffenstillstandes vorauszugehen hätten. Lloyd George rühmt sich heute mit zynischem Freimuth: „Wir verzögerten die Absendung der Bedingungen an Deutschland, um erst die Stützen unter den Füßen unseres Feindes zu zerbrechen und seine Flanke aufzureißen. Darum haben wir gewartet."

Präsident Wilson selbst verlangte immer stärkere verfassungsmäßige Sicherheiten für die Dauer und Ehrlichkeit des demokratischen Systems. Nach seinen ersten beiden Notizen ergaben zuverlässige Nachrichten, daß er die Zurückführung der Macht des Kaisers auf die Stellung des englischen Königs als eine reale Garantie ansehen würde, ganz entsprechend der Forderung der deutschen Reichstagsmehrheit. Aber angesichts der bedrohlich anwachsenden republikanisch-chauvinistischen Bewegung kurz vor den Wahlen, warf er die Frage der Abdankung des Kaisers in die öffentliche Diskussion. Es genügte für ihn nicht mehr, selbst überzeugt zu werden, sondern er wollte sensationelle Erfolge seiner Diplomatie aufweisen, um den Chauvinismus in seinem eigenen Lande bewältigen zu können.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf die Zentralmächte war womöglich noch verderblicher. Die Sonderaktion unserer Verbündeten wurde beschleunigt. Auf den machtlos werdenden Freund wurde keine Rücksicht des Gewissens und der Treue mehr genommen. Es bemächtigte sich unseres Volkes eine große Bestürzung und Ungeduld.

Es war wie ein schwerer, moralischer Zusammenbruch. Gewiß müßten wir uns selbst nach dem Abfall Österreichs sagen, daß weiterer Widerstand keine Aussicht auf Erfolg mehr bot, aber

wir mußten vor den Feinden wenigstens die Möglichkeit aufrecht-
erhalten, daß es bestimmte Forderungen gab, gegen die wir selbst
einen selbst hoffnungslosen Kampf aufnehmen würden. Das
war der Rat, den uns wiederholt wohlwollende Neutrale gaben:
„Nehmt nicht den Friedensparteien in Feindesland ihr letztes
wirksames Argument, das lautet: es gibt Grenzen deutscher
Nachgiebigkeit.“

Das deutsche Nationalitätsgefühl war unterhöhlt worden. Ein
Wunder, wenn es anders gekommen wäre nach all den namen-
losen Leiden und Enttäuschungen dieser vier Kriegsjahre und
nach dem Mißbrauch, der mit dem Patriotismus getrieben worden
war. An der Front geschah freilich dieses Wunder. Gewiß,
auch da gab es Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit. Aber an den ent-
scheidenden Punkten fanden sich immer wieder Helden, Soldaten
und Offiziere, die auf ihren verlorenen Posten ausharrten und
kämpften, wie nur je in den Tagen unserer Siege, weil sie
wußten, daß alles darauf ankam, bis zum Waffenstillstand den
feindlichen Einfall vom Heimatlande fernzuhalten. Viele von
ihnen haben die Waffenruhe nicht mehr erlebt. So erklärlich
auch die Vorgänge in der Heimat sein mögen, in unsere Dank-
barkeit gegen diese Toten wird sich immer etwas von schmerzlicher
Scham mischen.

Ich will nun versuchen, zu erklären, aus welchen Gründen un-
sere innere Politik Schiffbruch erlitt, als wir fast schon im Hafen
zu sein glaubten.

Die Herstellung einer alles entscheidenden Zivilgewalt war
gelungen. Die gesetzmäßigen Festlegungen sind hier nicht das
wichtigste Druckmittel, die Beseitigung aller Nebenregierungen
war im besten Gange; wer sich nicht freiwillig fügte, wurde er-
sezt. Beim ersten Konflikt gab der General Ludendorff nach,
beim zweiten nahm er seinen Abschied. Viel blieb noch zu leisten
übrig, aber die Zeit war sehr kurz gewesen.

Da kam die Aufrollung der Abdankungsfrage durch Präsident
Wilson. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Kaiser über
die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungsfrage
dauernd zu orientieren. Nur ein freiwilliger Entschluß konnte
nach meiner Meinung das Reich von schweren Erschütterungen
behahren. Man darf das Zögern des Kaisers nicht falsch ver-
stehen. Es waren gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon
überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung
der Front gegeben hätte.

Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürger-
krieges immer näher rücken sah, suchte ich am Donnerstag eine
Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit,
daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte.
Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei
und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarteten. Am
Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheide-
mann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich
zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den
Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern
zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen, über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen.

Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben, und ihn unterstützten, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Österreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht los werden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfront halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist, und dem es Überzeugungsfrage ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste nicht aufzufriedenende Pflicht ist es, sich durch eine verfassungsgebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Reich nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volkskammer am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung anbefehlen müßten.

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zufließen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Die äußere Disziplin ist zerbrochen, aber es gibt die Treue gegen das eigene Volk und die freiwillige Selbstzucht, die aus ihr entspringt. Nur diese Treue hat uns im Westen vor der feindlichen Invasion bewahrt; nur sie allein kann uns vor dem Bruderkampf und der Anarchie retten und der Versuchung zur Grausamkeit.

Noch eine andere Forderung möchte man in dieser Stunde an die Regierung stellen: An einen Widerstand mit Waffengewalt gegen die Bedingungen der Feinde ist heute nicht mehr zu denken. Es gibt aber einen moralischen Widerstand gegen das Unrecht, zu dem gerade diejenigen verpflichtet sind, die sich immer dagegen gemeht haben, daß Deutschland seinen Feinden Unrecht tut. Die Feinde sollen den ganzen Zorn des ganzen deutschen

Volkes vernehmen, und wenn die Regierung fühlt wie das Volk, so soll sie es sagen.

In den Auseinandersetzungen zwischen Wilson und den Alliierten hat Wilson den Sieg des Wortes errungen — seine Verbündeten haben die 14 Punkte angenommen, die Alliierten aber haben den Sieg der Taten davongetragen; die Waffenstillstandsbedingungen sind vom Geist der Geheimverträge diktiert, hinter denen nicht der Völkerbundgedanke stand, sondern der Gedanke an Raub und Ruhm und die Küstung der künftigen Kriege. Der Friede von Brest-Litowsk, der wahrlich nicht nachahmenswert ist, ist ein Verständigungsfriede im Vergleich zu der Vergewaltigung, die heute Deutschland zugebracht wird.

Am 22. Oktober sprach ich aus, daß der Gedanke der Liga der Nationen jetzt seine große Probe besteht. Werden die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ausgeführt, so ist der Völkerbund tot, noch ehe er geboren war. Seine Grundidee verlangt, daß kein Volk in Ketten an den Verhandlungstisch geführt wird, sondern daß ihm die Kraft gelassen wird, sich aus freiem Willen der neuen Rechtsordnung zu fügen. Die Bedingungen der Entente aber sollen uns wehrlos machen auch gegen die größte Unbilligkeit — sollen unserem Volk die Kraft nehmen, seine Wunden zu heilen. Das Zurückbehalten unserer Gefangenen als Geiseln widerspricht jedem Gefühl der soldatischen Ritterlichkeit und findet nur in den Gepflogenheiten alter Barbarei seine Vorbilder.

Man glaube nicht, daß heute die Stimme des deutschen Volkes wirkungslos verhallt. Das Recht, auch unser Recht, hat Anhänger in allen Ländern, aber sie werden lahmgelegt, wenn wir selbst mit Unterwürfigkeit die Schmach hinnehmen, als ob wir sie selbst verdient hätten.

Ich möchte mit den Worten schließen, die ein Soldat mir in diesen Tagen geschrieben hat:

„Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht.“

Das Alte stürzt . . .

Das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten,
Was wird die Zukunft Neues uns wohl bringen?
Wird Segen, Heil und Glück sie uns bereiten,
Und darf die Jugend heit're Lieder singen?
Dies und der Fragen mehr beschäftigt unser Denken,
Sie halten fest Verstand und Sinn umfassen,
Wer wird von jetzt ab unser Leben lenken,
Auf daß wir zur gewohnten Höh' gelangen?
Was alles wir im Kriege hab'n ertragen,
Was alles wir gelitten, tief bewegt,
Wir wollen drum nicht weinen und nicht klagen,
Es sei mit vielem heut ins Grab gelegt.

Nur Eines ist's, was heute wir erstehen,
Was heut zu Gott als heiß Gebet gesandt,
Allmächt'ger Gott laß neu und groß erstehen,
Das Schönste, unser teures Vaterland!

F. S.